

Robbe: Mehr Anerkennung für Soldaten

Wehrbeauftragter mahnt vor Gelöbnis in Berlin

VON MICHAEL SCHMIDT

BERLIN - Anlässlich des öffentlichen Rekrutengelöbnisses am Montag in Berlin hat der Wehrbeauftragte des Bundestags, Reinhold Robbe (SPD), mangelnde Anerkennung der Bundeswehr durch die Gesellschaft beklagt. Es fehle an Zuwendung für die Soldaten, sagte Robbe. Am Abend - nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe - sollten 400 Soldaten vor dem Reichstag ihr Feierliches Gelöbnis ablegen, zu ihnen wollte auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sprechen.

Ulrike Merten, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, begrüßte, dass das Gelöbnis vor dem Reichstagsgebäude stattfand: „Für viele Menschen sichtbar legen die jungen Rekruten mit dem Rück-

halt des Parlaments respektive im wörtlichen Sinne mit dem Parlament im Rücken ihren Eid auf ihr und damit unser Land ab“, sagte die SPD-Politikerin. FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner nannte es „sinnvoll“, dass sich „die Bundeswehr als wesentliches Element der deutschen Gesellschaft auch öffentlich präsentiert“. Die Linke forderte angesichts der von Robbe beklagten mangelnden

Nach Tod eines Afghanen an Checkpoint prüft Staatsanwalt Ermittlungen

den Anerkennung der Bundeswehr, die deutschen Soldaten aus Afghanistan abzuziehen. Wie schwierig der Einsatz am Hindukusch für die Soldaten ist, hatte sich erst am Sonntag wieder gezeigt, als es an einem Checkpoint der Bundeswehr zu einem tödlichen Zwischenfall gekommen war. Nach der Erschießung eines Jugendlichen prüft inzwischen die Staatsanwaltschaft Potsdam, ob gegen die beteiligten Soldaten Ermittlungen eingeleitet werden. Der Jugendliche war in der Nähe des deutschen Feldlagers Kundus erschossen worden. Nach anfänglich unterschiedli-

chen Angaben sprachen auch die afghanischen Behörden noch von einem Todesopfer statt wie zunächst von drei.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums ließ sich ein mit fünf Menschen besetzter Kleinlaster durch Warnschüsse nicht stoppen. Daraufhin hätten die Soldaten gezielt auf das Fahrzeug geschossen, um es zum Stehen zu bringen. Dabei seien der Jugendliche getötet und zwei weitere Insassen schwer verletzt worden. „Nach derzeit vorliegenden Informationen mussten die Soldaten von einem Angriff ausgehen, so dass der Schusswaffengebrauch auf der Grundlage bestehender Einsatzregeln rechtmäßig erfolgte“, sagte ein Ministeriumssprecher.

Unklar blieb, ob es sich um einen geplanten Anschlag von radikalislamischen Taliban-Milizen handelte. In dem Fahrzeug wurden nach Ministeriumsangaben weder Waffen noch Sprengstoff gefunden.

Für Winfried Nachtwei, Verteidigungsexperte der Grünen, sind solche Zwischenfälle unvermeidbar, „wenn der Abbau der Polizeikräfte in der Provinz Kundus durch die Zentralregierung in Kabul nicht rückgängig gemacht wird“. Wer mehr als 500 Stellen streiche, statt die Polizei zu stärken, dürfe „sich nicht wundern, wenn die Kette schwerer Gefechte sich fortsetzt“.

mit dpa